

# Italien

## Roman Maruhn

Gute Nachrichten aus Italien: Die Technikerregierung unter Mario Monti unternimmt einen ernsthaften Versuch, die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage Italiens in den Griff zu bekommen. Noch bis zum Frühjahr 2013 ist die Parteipolitik im Wesentlichen von politischer Verantwortung entbunden und hat die Chance, die Grundlagen für ein neues politisches System im Land zu legen. Zweifel an Realitätssinn, Willen und Fähigkeit der Parteien und der Mehrzahl ihrer Politiker, ob sie dazu willens, fähig und in der Lage sind, haben ihre volle Berechtigung. Und auch deshalb hegen gesellschaftliche und politische Kräfte in Italien, aber auch in der EU und weltweit die Hoffnung auf ein „Monti bis“, eine zweite, dann volle Legislaturperiode dauernde Regierung Montis mit einer relativ breiten parlamentarischen Unterstützung auch über gegensätzliche Parteigrenzen hinweg. Auch wenn man im ausgehenden Jahr 2012 einen Moment der relativen Entspannung festzustellen scheint, bleibt die europäische und besonders die italienische Schuldenkrise die dominierende politische Herausforderung in Italien.

### **Das demütigende Ende der Regierung Berlusconi**

Nach über zwei Jahren politischer Agonie der Regierung Berlusconi IV, die der Regierungschef selbst mit dem offensichtlichen Kauf von Abgeordneten der Camera dei Deputati abzuwenden versuchte, war am 8. November 2011 der Moment der Wahrheit gekommen, als die einen Monat zuvor bereits gescheiterte Entlastung der Regierung für das Haushaltsjahr 2010 lediglich mit einfacher Mehrheit und nicht mit Regierungsmehrheit verabschiedet wurde. Dieser Nachweis, dass die Regierung Berlusconi nicht mehr über die notwendige parlamentarische Unterstützung verfügte, stellte die bereits seit Monaten von Staatspräsident Giorgio Napolitano als unabdingbar deklarierte Voraussetzung für die Bildung einer neuen Regierung dar. Vorausgegangen waren diesem parlamentarischen Endpunkt der Regierung Abspaltungen und Auflösungserscheinungen in der Regierungsmehrheit, massiver Druck der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Union bezüglich der Erhöhung des Rentenalters und einer Liberalisierung des Arbeitsmarkts und die Einwilligung Roms, sich einer Überwachung von Wirtschaftsreformen und der Haushaltssanierung durch den Internationalen Währungsfonds zu unterwerfen. Als letzte Amtshandlung unter der Regierung Berlusconi wurde von der Abgeordnetenkammer noch der Haushalt 2012 verabschiedet.

Die europäischen Regierungen und besonders die deutsche Bundesregierung scheinen bereits einige Zeit vorher die strategische Kommunikation mit der Regierung Berlusconi eingestellt und sich an Staatspräsident Napolitano gewandt zu haben, denn das deutsch-italienische Verhältnis, aber insgesamt auch die Kooperation Italiens in der Europäischen Union waren in eine schwere Krise geraten: Italien und besonders sein Regierungschef Berlusconi verschärften die Schuldenkrise der europäischen Haushalte durch eine katastrophale Kommunikationsarbeit, die politischen Unwillen und Unfähigkeit zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der schwierigen Haushaltslage des Landes nicht nur für Experten, Finanzmärkte und Politik, sondern für die gesamte Öffentlichkeit offensichtlich werden ließen: Die politische Glaubwürdigkeit der Regierung Berlusconi war irreparabel zerstört.

Berlusconi macht bis heute Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy dafür verantwortlich, dass er und Italien erheblich an Glaubwürdigkeit verloren hätten und Berlusconi schließlich sein Amt aufgeben musste. Und tatsächlich kam es in der Pressekonferenz nach dem Europäischen Rat vom 23. Oktober 2011 zu einem Moment unerwarteter Heiterkeit, als ein Journalist Merkel und Sarkozy nach der Ernsthaftigkeit der Bemühungen Italiens und seines Regierungschefs Berlusconi bei der Konsolidierung des italienischen Staatshaushalts fragte. Auch noch heute wirbt Berlusconi verzweifelt mit antideutschen und antieuropäischen Aussagen um politische Zustimmung im Land, so auch erst im September 2012, als er einen hypothetischen Austritt Deutschlands aus dem Euro als „kein Drama“ bezeichnete. In der Reaktion wies die Bundesregierung unter Bezugnahme auf Berlusconi auf ein „Risiko Italien“ hin und meinte damit explizit ein von Silvio Berlusconi regiertes Italien. Die Bundesregierung reagierte auch entsprechend, indem sie Äußerungen Berlusconis über ein auch nach seinem Rücktritt immer noch enges Verhältnis zu Merkel umgehend dementierte, um nicht den falschen Eindruck einer Unterstützung Berlusconis, sondern ganz im Gegenteil einer äußerst kritischen Einstellung ihm gegenüber zu kommunizieren. Das politische und auch persönliche Verhältnis zwischen Merkel und Berlusconi darf als definitiv zerrüttet bezeichnet werden.

### **Berlusconis schweres Erbe**

Italien kämpft mit den Folgewirkungen der Amtszeit Berlusconis und muss besonders extern glaubhaft vermitteln, dass seine Gesamtverschuldung wieder auf einen Pfad eines nachhaltigen Schuldenabbaus geführt wird. Die Ausgangslage dafür ist schwierig, denn innerhalb von drei Jahren ist die Staatverschuldung von 103,6 (2008) auf 119,1 (2011) Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit um 546 Milliarden Euro gestiegen. In den letzten zehn Jahren haben die öffentlichen Ausgaben um 46,5 Prozent zugenommen, während das BIP viel geringer gewachsen ist als das der anderen EU-Staaten. Neun Jahre Amtszeit Berlusconi kosten umgelegt jeden italienischen Bürger 9.000 Euro an neu hinzugekommenen Staatsschulden. Lediglich in den 80er und frühen 90er Jahren war die Staatsverschuldung in einem ähnlichen Ausmaß gestiegen, in einer Zeit, als es noch keine gemeinsame Währung und auch keinen Stabilitätspakt gab. Selbst in den weltwirtschaftlich gesehen verhältnismäßig ruhigen und guten Jahren von 2001 bis 2006 – ebenfalls in einer Zeit, in der Berlusconi Ministerpräsident Italiens war – fand kein substanzieller Abbau der Verschuldung statt. Entsprechend hat Rom am 28. April 2012 den neuen Rekordwert einer Gesamtverschuldung von 2.000 Milliarden bzw. zwei Billionen Euro erreicht.

### **Die Technikerregierung unter Mario Monti**

Mit dem Rücktritt Berlusconis und einer bis zum Frühjahr 2013 und damit noch knapp 17 Monate zur Verfügung stehenden Legislaturperiode wurde der Weg frei für eine angesichts eines nicht auszuschließenden Staatsbankrotts vermutlich auf großen politischen und gesellschaftlichen Konsens treffende so genannte Technikerregierung. In den Parlamentskammern standen sich die zwei verhältnismäßig großen verfeindeten Parteien PdL (Popolo della Libertà, Volk der Freiheit) Berlusconis und der Partito Democratico (PD) gegenüber, was eine nahezu ideale Ausgangssituation für das italienische Kriseninstrument der Technikerregierung darstellte: Massive externe und interne Herausforderungen, ungeklärte Mehrheitsverhältnisse im Parlament, verbrauchtes und nicht mehr präsentables politisches Personal, die erkannte Notwendigkeit harter, unpopulärer und wertvolle Wählerstimmen kostender Reformen und auch der Eigennutz angesichts von erst mit einer vollen absolvierten Legislaturperiode zu erhaltenen Versorgungsansprüchen ermöglichten eine prinzipielle

Bereitschaft der übergroßen Mehrheit der Parlamentarier zur Unterstützung einer nicht parteipolitischen Regierung. Als weitere Faktoren für die Realisierbarkeit einer Technikerregierung sind die Forderung des Staatspräsidenten nach der Ausarbeitung eines neuen Wahlrechts und die personelle, strukturelle und auch politische Desorganisation der beiden großen Parteien zu nennen, die einen unmittelbaren Wahlgang ausschlossen.

Mit der Ernennung Mario Montis am 9. November 2011 zum Senator auf Lebenszeit stattete ihn Napolitano mit der materiellen Sicherheit und der politisch-staatlichen Verortung aus, so dass Monti am 16. November sein Amt als Ministerpräsident und vorläufig auch als Finanz- und Wirtschaftsminister antrat. Monti war von 1995 bis 1999 Binnenmarktskommissar und bis 2004 Wettbewerbskommissar, bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident Präsident der Universität Bocconi in Mailand, von 2005 bis 2008 Präsident des Brüsseler Think Tanks Bruegel gewesen und ist als liberaler Ökonom verhältnismäßig eng mit Institutionen, Unternehmen und Meinungsbildnern in Wirtschaft und Finanzen verbunden.

Montis Regierung wird oft als „Regierung der Professoren“ bezeichnet: Sieben Minister sind tatsächlich Universitätsprofessoren und keiner der Minister insgesamt ist ein Berufspolitiker. Zur Funktion der Technikerregierung kommt hinzu, dass sie auch die Regierung des Staatspräsidenten ist, der sie eingesetzt und für die notwendige politische Unterstützung gesorgt hat. In der Diskussion wurde für die Regierung Monti auch auf das römische Modell der Diktatur hingewiesen, also der möglichst effizienten, aber – wenn überhaupt – sich nur sehr formal einer demokratischen Legitimation für ihr politisches Handeln bedienenden, mit großer Befehlsgewalt ausgestatteten Institution und Person, die umgehend umfassende staatliche Entscheidungen bei nur geringer demokratischer Kontrolle angesichts einer internen oder externen Notlage treffen kann. Kritiker der Regierung Monti führen ins Feld, dass der Regierungschef nicht durch einen Wahlakt bestimmt wurde. Allerdings ist Italien ohnehin eine parlamentarische Demokratie: Wenn auch die Wahlen der so genannten Zweiten Republik – die Zäsur dafür wird Anfang der neunziger Jahre gesetzt – immer stark personalisiert waren, so ist es doch der Staatspräsident, der den Ministerpräsidenten ernennt. Dieser wiederum muss sich ständig einer Regierungsmehrheit in Abgeordnetenkammer und Senat versichern. Zwar nutzt die Regierung Monti naturgemäß die Vertrauensfrage stark, um die einer Art großen Koalition ähnlichen formalen Unterstützerparteien – im Wesentlichen sind das PD, PdL und UDC – bei ihrer Politik zu disziplinieren, aber regelmäßig und ganz besonders bei wesentlichen Reformschritten führt der Ministerpräsident Konsultationen oder sogar gemeinsame Treffen mit den Parteivorsitzenden Angelino Alfano (PdL), Pier Luigi Bersani (PD) und Pier Ferdinando Casini (UDC) – im Akronym „ABC“ – durch. Alles in allem stellt sich dieses Verfahren einer breiten und teilweise etwas lockeren parlamentarischen Mehrheit und einer eher losen Beziehung zwischen Unterstützerparteien und Ministerpräsident als verhältnismäßig produktiv und effizient dar, gerade angesichts der schweren Krise, in der sich die Parteien befinden.

### **Parteien und Politik in der Krise**

Aus der Umfrage „Gli italiani e lo Stato 2011“<sup>1</sup> ergibt sich ein umfassendes Bild der Krise, in der sich Politik und Parteien bereits seit geraumer Zeit befinden: Nur noch vier Prozent der Befragten geben an, den Parteien zu vertrauen. Auch das Parlament kommt mit einem Vertrauensgrad von neun Prozent der Befragten auf keinen deutlich besseren Wert. Die Europäische Union verliert ebenfalls dramatisch an Zustimmung: Drückten 2001 noch

1 Demos & PI: Rapporto Gli italiani e lo stato 2011, auf: <http://www.demos.it/a00671.php>

53,1 Prozent der Befragten großes Vertrauen in die EU aus, sank dieser Wert 2010 auf 49,2 Prozent und 2011 mit einem für Jahresfrist starken Rückgang von 12,6 Prozentpunkten auf 36,6 Prozent: Das Fehlen einer europäischen Antwort auf die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise hinterlässt tiefe Spuren in der in Italien traditionell großen Zustimmung zur europäischen Integration. Lediglich die Institution des Staatspräsidenten (65,1 Prozent) und die Sicherheitsbehörden (71,8 Prozent) genießen nach wie vor das große Vertrauen der Befragten. Interessant ist auch das Ergebnis der Frage, ob die Parteien notwendig für das Funktionieren der Demokratie sind: 2011 beantwortet erstmals eine leichte Mehrheit (47,9 Prozent) diese Frage negativ, während 47,1 Prozent der Befragten ausschließt, dass es eine Demokratie ohne Parteien geben kann. Dies entspricht auch ziemlich genau dem aktuellen Trend in der Politik: Personalisierung ist in den letzten 20 Jahren traditionell bereits deutlich weiter verbreitet als in anderen europäischen Ländern und alternative Organisationsformen, wie zum Beispiel die Rekrutierung und Mobilisierung von Wählern durch Plattformen im Internet und in den Social Media, haben ganz besonders die noch recht neue Bewegung Movimento Cinque Stelle des Kabarettisten und Komikers Beppe Grillo in kürzester Zeit zu einem der wichtigsten politischen Faktoren werden lassen. Dessen Bewegung konnte in Wahlen bereits die ersten Großstädte erobern und ging aus den Regionalwahlen im Oktober 2012 in Sizilien ebenfalls als stärkste Partei hervor. Dagegen haben die beiden großen Parteien erhebliche Probleme: Berlusconi's PdL ist nach dessen Rücktritt als Ministerpräsident nahezu implodiert und auf fast ein Drittel ihrer bisherigen Wahlergebnisse reduziert, während im PD ein recht lebhafter Machtkampf gerade in Hinblick auf die Parlamentswahlen 2013 tobt.

### **Mandat und Aufgaben der Regierung Monti**

Aller Voraussicht nach wird Italien im März 2013 wählen, da auch das Mandat von Staatspräsident Napolitano am 15. Mai endet und dessen Nachfolger einen Monat vorher von neu gewählter Abgeordnetenkammer und neuem Senat gewählt werden muss. Monti hat dann eine politische Zukunft als Ministerpräsident oder sogar Staatspräsident. Zu seinen Unterstützern zählen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, die Vereinigten Staaten mit Präsident Barack Obama, aber auch große Teile der italienischen Politik: Neben dem hin und her gerissenen Berlusconi sympathisieren große Teile seines PdL mit Monti, in der UDC, Gianfranco Finis FLI und dem sich jetzt auch in der Politik engagierenden Luca Cordero di Montezemolo gibt es klare Aussagen zu einer weiteren Regierung Monti.

Mario Monti und seine Technikerregierung sind von Staatspräsident Giorgio Napolitano mit einem klaren Aufgabenkatalog berufen worden: Italien soll vor dem Staatsbankrott bewahrt werden, indem politische Glaubwürdigkeit, besonders auf der internationalen Ebene, wiederhergestellt wird. Staat und Gesellschaft sollen so umgebaut werden, dass die Steuereinnahmen die Ausgaben und den Schuldendienst wieder decken. Über die Wiederherstellung von politischer Glaubwürdigkeit auf europäischer und internationaler Ebene soll die Regierung auch und ganz besonders in der EU die italienischen Interessen so vertreten, dass Italiens Politik und Wirtschaft stärker von europäischer Politik profitieren. Indes würde es nahezu schon als wirtschaftspolitische Kür der Regierung Monti gelten, wenn jenseits von kostenneutralen Reformen in Form von Liberalisierungen besonders bei den selbständigen Berufen sogar Ressourcen umgeschichtet oder erwirtschaftet werden könnten, die dem Land Wachstumsimpulse verleihen können.

Das politische System, insbesondere das Wahlrecht, soll in erster Linie von den Parteien selbst – und eben nicht von der Regierung Monti – dermaßen reformiert werden, dass Wahlen nicht nur zu demokratisch legitimierten, sondern auch zu politisch effizienten Regierun-

gen führen. Napolitano hat es gegenüber den in den Kammern vertretenen Parteien zur Grundbedingung gemacht, dass nur mit einem neuen, funktionalen, effizienten und die politische Repräsentation des Wählerwillens garantierenden Wahlrecht eine neue Camera dei Deputati und ein neuer Senat gewählt werden.

### **Bilanz der Regierung Monti**

Monti wurde von der italienischen Öffentlichkeit und dem Parlament zu Beginn seiner Regierung mit sehr großer Zustimmung begrüßt, die angesichts wenig beliebter Reformen und harter Sparschritte langsam, aber deutlich zurückgeht. Bereits am 4. Dezember 2011 verabschiedet die Regierung ein Sparpaket, das verteilt auf drei Jahre 30 Milliarden Euro schwer ist. Am 16. April 2012 erhält die Regierung von der Direktorin des Internationalen Währungsfonds Christine Lagarde für ihr Projekt einer Reform des Arbeitsmarkts Anerkennung.

Mit den Gesetzespaketen „Salva-Italia“ (Italien retten) und „Cresci-Italia“ (Wachstum für Italien) wurde der Wettbewerb besonders bei den bisher sehr streng und wenig marktwirtschaftlich reglementierten freien Berufen gestärkt. Der Erfolg einer kleinen mit 2,3 Milliarden Euro ausgestatteten Wachstumsagenda für Italien mit dem Ziel eines die gesamte Bevölkerung erreichenden Wohlstandswachstums wird vom Ergebnis her nicht in unmittelbarer Zeit überprüfbar sein: Die Bereitstellung von Finanzmitteln auch aus den EU-Strukturfonds für den Süden des Landes soll in erster Linie den Armen des Landes, der Bildung, der Altenpflege und den Familien in Form der Schaffung von Kindergartenplätzen zu Gute kommen. Außerdem werden besonders die kleinen und mittleren Unternehmen Süditaliens und deren Arbeitnehmer über Steueranreize und Ausbildungsvergütungen gefördert.

Die ganz wesentliche Funktion der Regierung Monti liegt allerdings darin, durch berechenbare und kooperative Politik national wie international wieder Vertrauen aufzubauen, die öffentliche Verwaltung und ihre Kosten unter Kontrolle zu bringen und die Staatlichkeit Italiens besonders auf dem Gebiet der Steuerpolitik zu stärken.

### **Harte Einschnitte für die Bürger**

Die letzten Sparmaßnahmen der Regierung Berlusconi und die Rettungspaket der Regierung Monti haben gravierende Folgen für Bürger, Wirtschaft und Gesellschaft: So wurde in Form der IMU die von Berlusconi abgeschaffte Steuer auf Wohneigentum wieder eingeführt. Im Herbst 2011 wurde die Mehrwertsteuer um einen Punkt erhöht; für 2013 droht eine weitere Erhöhung. Die Mehrwertsteuer wurde für viele vorher freigestellte Bereiche neu eingeführt. In der Diskussion ist auch die Veranlagung der Mehrwertsteuer auf soziale Dienstleistungen, was bei diesen zu einer erheblichen Kostensteigerung führen dürfte. Die Mineralölsteuern wurden stark erhöht. Eine „Carbon Tax“ auf Treibstoffe wurde neu eingeführt, mit deren Einnahmen zukünftig die alternativen Energien gefördert werden sollen, anstatt dass deren Kosten weiter auf die allgemeinen Energiepreise umgelegt werden. Auch die Regionen erhöhten oft die ihnen zustehenden Anteile an der Einkommenssteuer IRPEF. Der Entzug von Staatsgeldern aus Kommunen und Regionen führt zu für die Bürger höheren Gebühren für beispielsweise Kindergärten. Alle diese Maßnahmen führen zu einem Preisauftrieb um die 3 Prozent. Mit der Erhöhung des Rentenalters, der umfangreichen Streichung von Steuerabzugsbeständen, einer mittelfristigen neuen und marktgerechten Bewertung von Immobilien und der Verschärfung der Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerhinterziehung wurden große Möglichkeiten zur Senkung der Staatsausgaben und zur Erhöhung der Steuereinnahmen geschaffen.

### Schulden unter Kontrolle?

Von einer Ausgangsbasis bei 150 Prozentpunkten hat der Spread<sup>2</sup> zwischen italienischen und deutschen Staatsanleihen gegenwärtig ein Niveau zwischen 300 und 400 mit Spitzen von bis zu 553 (November 2011) Punkten erreicht. Mit der Marke von 309 Punkten und dem erstmaligen und dann dauerhaften Unterschreiten des Vergleichswerts spanischer Anleihen am 2. März 2012 erreichte die Regierung Monti ein wichtiges Etappenziel: Märkte, Politik und Öffentlichkeit kehrten zu einer realistischeren Einschätzung der Haushaltslage und der politischen Glaubwürdigkeit Italiens zurück. Zwar ist der Spread – und damit auch die Zinsen, die Italien für die Refinanzierung seiner Schulden bezahlen muss – nach wie vor vergleichsweise hoch, aber er scheint sich gerade ab dem Herbst 2012 mit der Perspektive eines tendenziellen Sinkens in einer Marge zu stabilisieren, die eine nachhaltige Refinanzierung der italienischen Schulden – freilich nur nach einer Serie harter Sparmaßnahmen – erlauben.

Auch auf europäischer Ebene insgesamt scheinen sich die Märkte mit der Schuldenkrise abzufinden, nachdem die Europäische Union eigene Systeme (ESFS, ESM) zur Refinanzierung überschuldeter Mitgliedstaaten eingerichtet und die Europäische Zentralbank (EZB) angekündigt hat, unbegrenzt Staatstitel von Eurostaaten aufzukaufen, die auf dem Markt keine Abnehmer mehr finden würden.

Nach wiederholten Abstufungen der italienischen Bonität durch die Ratingagenturen zeigen deren Bewertungen nur noch wenige Marktreaktionen. Am 20. 5.2011 ändert Standard & Poor's die Aussichten von „stabil“ auf „negativ.“ Am 17.6.2011 kündigt Moody's ein Downgrading Italiens an. Am 19.9.2011 stuft Standard & Poor's Italien von A+ auf A herunter. Am 4.10.2011 stuft Moody's Italien von A1 auf A2 herab, am 13.1.2012 verliert Rom bei Standard & Poor's seine A-Bewertung und erreicht nur noch ein BBB+, auch acht weitere europäische Länder werden am selben Tag herabgestuft. Schließlich stuft am 14.2.2012 Moody's Italien auf A3 herab. Die letzten Downgradings hatten kaum mehr Einflüsse auf die Börsen und den Spread. Teilweise kaufen Anleger entgegengesetzt zu den Bewertungen der Ratingagenturen. Im Verlauf des Jahres 2012 laufen die Versteigerungen von italienischen Staatsanleihen gut, die Verzinsung fällt und auch ausländische Investoren sind zu den Staatspapieren Roms zurückgekehrt. Bis zum Frühjahr/Sommer 2012 hatten diese sich noch massiv zurückgezogen: So waren 2008 54 Prozent der Staatspapiere in ausländischer Hand, im Dezember 2011 nur noch 40 Prozent und im März 2011 gerade einmal 32 Prozent, ein Effekt, der sich sonst noch nur in Spanien beobachten ließ. Insgesamt hat das Ausland 300 Milliarden Papiere abgestoßen, die von hauptsächlich italienischen Banken dank der Refinanzierungsaktionen der EZB aufgekauft wurden, was auch dazu führte, dass deren Volatilität eingeschränkt wurde: Die stärkere Kontrolle der Staatsschulden durch italienische Banken und Investoren führte zu einer Beruhigung der vorher großen Kursauschläge. Gleichzeitig lockt der sinkende Spread auch wieder seriöse ausländische Anleger an, während Spekulanten sich aus dem Markt der italienischen Anleihen zurückziehen.

Dennoch ist die Dynamik des Spreads immer noch in hohem Maß von den Entwicklungen in den anderen Krisenländern (hauptsächlich Spanien und Griechenland) und der Qualität der Ergebnisse der europäischen Politik bei der Bekämpfung der Schuldenkrise abhängig. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entwicklung des Spreads ist allerdings auch die sich stellende Frage nach der politischen Zukunft Italiens und dabei ganz besonders die mögliche und als Schreckensszenario wahrgenommene Rückkehr Berlusconi in die Politik.

---

2 Il Sole 24 ore: Spread BTP Italia / Bund 10 anni, auf: [http://finanza-mercati.ilsole24ore.com/reddito-fisso-etassi/pagine/dettagliospread/main.php?refresh\\_ce=](http://finanza-mercati.ilsole24ore.com/reddito-fisso-etassi/pagine/dettagliospread/main.php?refresh_ce=).

Die Regierung Monti hält an der Planung fest, für 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und sieht sich trotz der Rezession, die für das Jahr 2012 mit einem Rückgang des BIP um 1,4 Prozent veranschlagt wird, und einem für 2013 prognostizierten nur leichten Wachstum um 0,4 Prozent, einem geplanten Haushaltsdefizit von 2,0 (2012) und 1,1 (2013) Prozent und einer staatlichen Gesamtverschuldung, die 2012 bei 123 Prozent liegen soll, aber bereits 2013 auf 121 Prozent abgebaut werden soll, als ein „paese virtuoso“, also als ein tugendhaftes und damit vorbildliches Land in der Europäischen Union, was die Bekämpfung der Schuldenkrise betrifft. Und tatsächlich scheint die Regierung Monti die finanzielle Nachhaltigkeit Italiens vorerst wiederhergestellt zu haben, obwohl Schuldendienst und allein die Ausgaben für die Zinsen bereits 2011 78 Milliarden Euro und damit einen Wert von 4,9 Prozent des BIP erreicht haben, der allerdings bis 2015 noch auf 99,2 Milliarden Euro und dann 5,8 Prozent des BIP steigen wird.

Italien erlebt die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Beispielfähig dafür, aber auch für die schwierigen Investitionsbedingungen im Land insgesamt ist, dass 2011 die Auslandsinvestitionen um 53 Prozent zurückgegangen sind, während der EU-Durchschnitt bei einem Wert von lediglich minus sieben Prozent lag: Lange Zeiten bei der Realisierung von Großprojekten, ein langwieriges und langsames Justizsystem bei der Klärung von Rechtsstreitigkeiten und auch die Stagnation und Absenkung öffentlicher Investitionen sind die Hauptgründe für die Standortkrise Italiens.

In der Folge der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise hat die Arbeitslosigkeit in Italien sprunghaft zugenommen: Im Jahresverlauf (April 2011 bis April 2012) ist sie von 8,0 auf 10,2 Prozent bzw. um 620.000 neue Arbeitslose gewachsen und nimmt damit durchschnittlich um 0,18 Prozentpunkte im Monat zu. Die Jugendarbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen beträgt 35 Prozent und liegt damit dramatisch weit über dem Eurozonen-Durchschnitt von 22,2 Prozent. Insgesamt sind 2,8 Millionen Italiener als Arbeit suchend gemeldet – ein Rekordwert seit Bestehen der Arbeitslosenstatistik.

### Montis Europa

„Meine Regierung will Italien deutscher machen, aber ihr (Deutschen) müsst aktiver in der Frage einer Wachstumspolitik und europäischer Maßnahmen sein, die den Märkten mehr Sicherheit geben.“<sup>3</sup> Die Regierung Monti hat verkündet, dass die notwendigen Maßnahmen zur Haushaltssanierung auf nationaler Ebene im Wesentlichen getroffen wurden und dass jetzt und in Zukunft europäische Lösungen, also Änderungen auf europäischer Ebene, angestrebt werden. Das heißt, dass Monti in bisher recht erfolgreichem Verbund mit Frankreichs Staatspräsidenten Francois Hollande und Spaniens Ministerpräsidenten Mariano Rajoy, der Europäischen Kommission, dem Rat, indirekt auch mit der EZB, den Regierungen der Mitgliedstaaten der EU innerhalb, aber auch außerhalb der Eurozone und aber auch ganz besonders mit der deutschen Bundesregierung versucht, nationale italienische Interessen, die aber gerade gegenüber Berlin deckungsgleich mit einer Vielzahl von Interessen anderer Mitgliedstaaten sind, in der EU umzusetzen.

Erste Erfolge der italienischen Position haben sich bereits eingestellt: Monti konnte – gerade angesichts der Unfähigkeit der europäischen Regierungs- und Staatsoberhäupter, der Schuldenkrise effizient mit einem europäischen Ansatz zu begegnen – zunehmend „italienische“ Inhalte auf die Tagesordnung des Rats bringen: Die grundsätzliche Entscheidung zu

3 Ministerpräsident Mario Monti gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel, in: La Repubblica, 12.1.2012 (Übersetzung des Autors).

einer mittelfristigen Fiskalunion, die Einrichtung eines EU-Finanzministeriums, eine in der Langfrist nicht mehr ausgeschlossene Vergemeinschaftung von Staatsschulden, die Verwirklichung einer supranationalen Finanzkontrolle und auch die zügige Realisierung von für diese Zielsetzung notwendigen Schlüsselementen sind bedeutende europäische Errungenschaften, die vor Jahresfrist nicht denkbar gewesen wären.

Ausgerechnet am Abend des Ausscheidens der deutschen Fußballnationalmannschaft gegen Italien bei der Europameisterschaft 2012 konnte Monti beim Rat der Europäischen Union vom 28./29. Juni 2012 nach harten Verhandlungen von der Bundesregierung substantielle Zugeständnisse erhalten: So wurde eine Lockerung der Konditionalität für bestimmte Hilfsinstrumente wie der Wegfall der Kontrolle durch die Troika (Europäische Kommission, EZB und IWF) und damit die Abwehr von Eingriffen in die nationale Souveränität in Form einer Sonderregel für die Bankenhilfe für Spanien beschlossen. Italiens Argumentation, dass „virtuose“ Länder, also solche, die ihre „Hausaufgaben“ bereits erfüllt haben, eine andere Behandlung erfahren als vermeintlich unkooperative Länder, setzte sich durch. Auch der Vorschlag eines „scudo“, eines Schutzschields, wonach der ESM auch dafür verwendet werden kann, ab einem bestimmten Spread Staatstitel eines solchen „virtuosen“ Landes vom Markt aufzukaufen, passierte den Europäischen Rat und könnte die Schuldenspirale zwischen in Not geratenen Banken und den nationalen Haushalten beenden.

Deutsch-italienische Regierungskonsultationen, trilaterale Gipfel zwischen Italien, Frankreich und Deutschland und eine Institutionalisierung von Treffen der vier großen Eurozonenstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien geben der Europäischen Union nach drei Jahren Dauerkrise zum ersten Mal die notwendige intergouvernementale Koordinierung, die im Gegensatz zum deutsch-französischen Krisenmanagement davor Chancen zu einer Bewältigung der Schuldenkrise durch die Europäische Union eröffnet. Gerade die Ausbildung eines Quartetts der Eurogruppe unter Einschluss von Kommission und Rat schuf nicht nur für Italien neue politische Gestaltungsmöglichkeiten, sondern für die EU insgesamt.

Dabei ist es Monti in kürzester Zeit gelungen, klar und deutlich eine Position gegenüber der Europäischen Union zu entwickeln und diese auch in Koalition mit den europäischen Partnern um- und durchsetzungsfähig zu machen: Italien erwartet sich Hilfe und Lösungsvorschläge auf europäischer Ebene, da – so die Interpretation Roms – die europäische Schuldenkrise eben nicht in erster Linie ein rein nationales Problem, sondern eine europäische Aufgabe ist. Die Argumentation, dass in Italien ansonsten die Stimmung gegenüber der EU, Deutschland und natürlich auch gegenüber der Regierung Monti umschlagen könnte, nutzt Rom offensiv bis hin zu einem Szenario eines politischen Scheiterns Montis, einer Verschlechterung der italienischen Staatsfinanzen und damit der existentiellen Bedrohung von Eurozone und Euro.

Als Fazit lässt sich feststellen, dass Rom quasi mit dem Amtsantritt Montis eine wichtige Führungsrolle bei der pragmatischen Lösung des Konflikts zwischen den von der Schuldenkrise besonders bedrohten Ländern und den anderen Staaten der Eurozone eingenommen hat und Berlin aus seiner europapolitischen Isolation im Hinblick auf die Schuldenkrise geführt hat.

### **Weiterführende Literatur**

Gianni Bonvicini / Flavio Brugnoli (a cura di): *Il Fiscal Compact*, Quaderni IAI n. 5.

Demos & PI: *Rapporto Gli italiani e lo stato 2011*, auf: <http://www.demos.it/a00671.php>.

Heribert Dieter: *Maastricht 2.0*, SWP-Aktuell 54, September 2012.

Limes – *Rivista italiana di geopolitica*, I quaderni speciali: Nord contro sud – Il muro d'Europa.

Limes – *Rivista italiana di geopolitica* 6/2011: Alla guerra dell'euro.